

Hilfen für Helfer

Das Land will das freiwillige Engagement bei den Feuerwehren stärken: Höheres Pensionsalter, weniger Aufgaben und bevorzugte Stellenangebote sind geplant.

VON JAN SCHUMANN

MAGDEBURG/MZ - Die Landesregierung will die Feuerwehren in Sachsen-Anhalt entlasten und gleichzeitig schlagkräftiger aufstellen. Nach Plänen von CDU, SPD und Grünen sollen die Brandschützer künftig von Nebenaufgaben wie dem Entfernen von Öls Spuren in Ortschaften befreit werden. Gleichzeitig soll die Altersgrenze für den aktiven Dienst von 65 auf 67 Jahre angehoben werden - mit Option auf weitere Verlängerung. Außerdem sollen freiwillige Feuerwehrleute künftig bevorzugt werden, wenn sie sich auf Stellen in Kommunalverwaltungen bewerben.

So steht es im Entwurf des neuen Brandschutzgesetzes, das im Herbst im Landtag behandelt werden soll. Die Novelle soll auch ein Mittel gegen die Nachwuchssorgen bei den Feuerwehren sein. Als „innovativste Neuerung“ der vergangenen zehn Jahre bezeichnete Kai-Uwe Lohse, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes, den Gesetzesentwurf. Seit Jahren kämp-

fen die Brandschützer aufgrund des demografischen Wandels mit sinkenden Mitgliederzahlen. Um bei Bränden reagieren zu können, hatten sich ausgedünnte Wehren im ländlichen Raum zuletzt häufig zu Ausrückegemeinschaften zusammengetan - zur gegenseitigen Unterstützung.

Die geplante Anhebung der Altersgrenze trifft im Feuerwehrverband auf Wohlwollen: Vielen der Kameraden sei „schlicht nicht mehr vermittelbar“, wieso mit 67 Schluss sein müsse, sagte Verbandschef Lohse. Nach Vorstellung der Fraktionen soll zudem eine Ausdehnung des aktiven Dienstes über das 67. Lebensjahr hinaus möglich sein - bei gesundheitlicher Eignung. Lohse befürwortet auch die Absicht der Parteien, freiwillige Feuerwehrleute künftig bei Bewerbungen auf Posten in Kommunalverwaltungen bevorzugt zu be-

handeln. Rechtlich sei dies geprüft und machbar, heißt es dazu aus der Koalition.

Zudem sollen die rund 38 000 freiwilligen Feuerwehrmänner im Land, die im Einsatzfall von ihren Arbeitsstellen abkommandiert werden können, entlastet werden.

SPD-Innenexperte Rüdiger Erben hält die Entbindung von aufwendigen Pflichten wie das Entfernen von Öls Spuren auf Fahrbahnen für dringend geboten.

„Außerhalb von Ortschaften werden diese auf Landes- und Bundesstraße längst von privaten Firmen beseitigt.“ Es sei nicht einzusehen, wieso dies in den Ortschaften anders sei - zumal derlei Einsätze während der Arbeitszeit seit Jahren für Unmut sorgen, sagte Erben. Deswegen sei es aktueller „Verabredungsstand“, dass die Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehren eingegrenzt werden, ließ der Grünen-

„Die innovativste
Neuerung der
letzten zehn Jahre.“

Kai-Uwe Lohse
Landesfeuerwehrverband

Innenexperte Sebastian Striegel wissen.

Feuerwehrverbandschef Lohse bestätigte, dass der Öls purstreit schon seit Jahren in den Feuerwehren geführt werde. Die CDU favorisiert eine Lösung, nach der Kommunen selbst entscheiden können, ob sie für diese Arbeit Privatfirmen engagieren wollen. Zur Frage der Zusatzkosten sagte Schulenburg, in Sicherheitsfragen könne nicht „immer bloß aufs Geld geschaut werden.“ Erben bekräftigte, „wenn das Ergebnis der bisherigen Praxis ist, dass die Feuerwehren ausdünnen, weil Kameraden mit der Arbeit unzufrieden sind, müssen wir etwas ändern.“ In Nordrhein-Westfalen gebe es bereits ähnliche Regeln.

Im Koalitionsvertrag hat sich die Regierung auch zu einer Image- und Personalkampagne verpflichtet, die den Nachwuchssorgen der Brandschützer entgegensteuern soll. Rund 90 Prozent der Einsatzkräfte im Land sind freiwillige Feuerwehrleute, heißt es aus dem Landesverband. *Kommentar Seite 4*